

Nachrichten von Tom Schreiber

5/2010



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

nach unserer parlamentarischen Sommerpause möchte ich Sie heute über einige Themen der letzten Monate informieren. Sehr spannend war auch der Besuch der israelischen Jugendlichen in Berlin und Köln im August – im Rahmen des Projekts Regenbogenbrücke. Dazu möchte ich Sie gerne in einem weiteren Newsletter informieren. Viele wichtige Themen der letzten Zeit bleiben hier noch unerwähnt – wie etwa die Integrationspolitik und die Person Sarrazin. Zu einem späteren Zeitpunkt werde ich dies wieder aufgreifen.

Zusätzlich möchte ich Sie auf einen besonderen Termin hinweisen: Am Samstag, dem 18. September findet in Schöneweide eine Kundgebung der NPD statt. SPD, Grüne, Linke und viele andere Vereine und Organisationen rufen zu einer Gegenveranstaltung auf, die um 11 Uhr vor dem Michale-Brückner-Haus beginnen soll. Bitte erscheinen Sie zahlreich!!

Die einzelnen Themen in diesem Newsletter im Überblick:

- Schwarz-Gelbes Sparpaket mit sozialer Schieflage
- Wie gefährlich ist die Pro-Bewegung für Berlin?
- Linksextreme Gewalt in Treptow-Köpenick
- Parkproblem in der Altstadt Köpenick – Bezirksamt sucht nach Lösungen
- Die rechten Umtriebe in der CDU
- Kriminalität sinkt – Maßnahmen von Rot-Rot greifen
- Termine und Kontakt

Ich bin direkt gewählter Abgeordneter aus Treptow-Köpenick für die Kieze Wendenschloß, Allende, Müggelheim und die Altstadt Köpenick. Im Abgeordnetenhaus, in dem ich Sie seit 2006 vertreten darf, sitze ich in den Ausschüssen für Inneres und Sicherheit, für Verfassungsschutz und für Wissenschaft und Forschung. Zusätzlich bin ich Sprecher für Verfassungsschutz der SPD-Fraktion.

Ich bin Ihr Ansprechpartner für Probleme, die Sie haben, für Fragen, die Sie sich stellen, oder Anregungen, Wünsche und auch Kritik. Dazu halte ich in jedem Monat Bürgersprechstunden ab, deren Termine am Ende dieses Newsletters zu finden sind. Aber auch außerhalb dieser Sprechstunden, bin ich jederzeit für Sie erreichbar. Schreiben Sie mir per Post oder E-Mail oder rufen Sie mich einfach an. Meine Daten finden Sie am Ende des Newsletters.

Jetzt wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen. In jedem Fall werden Sie hier interessante Punkte finden.

Mit den besten Grüßen



Schwarz-Gelbes Sparpaket mit sozialer Schieflage

Am 07. Juni 2010 hatte die Bundesregierung ein Papier zur Haushaltspolitik vorgestellt, das als großer Wurf angekündigt worden war und eine heftige soziale Schieflage sowie eine Reihe von Luftbuchungen birgt. Die wesentlichen Punkte sind:

Staatliche Einnahmen zu Lasten der Wirtschaft:

- Abschaffung von Energiesteuervergünstigungen im Umfang von einer Milliarde Euro in 2011 und jeweils 1,5 Milliarden Euro in den Folgejahren.
- Eine nationale Abgabe auf den Luftverkehr für alle Passagiere, die von deutschen Flughäfen starten, im Umfang von einer Milliarde Euro jährlich.
- Eine neue Steuer für die Atomwirtschaft im Umfang von 2,3 Milliarden Euro jährlich. Zahlungen der Deutschen Bahn AG an den Bundeshaushalt im Umfang von 500 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel fehlen bei der DB AG für wichtige Infrastrukturprojekte.
- Beteiligung der Banken ab 2012 im Umfang von 2 Milliarden Euro jährlich.

Harte Einschnitte zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger:

- Umwandlung von Pflichtleistungen für Arbeitslose in Ermessensleistungen mit

Einschnitten von 2 Milliarden Euro in 2011, 4 Milliarden in 2012 und jährlich 5 Milliarden Euro ab 2013 – insgesamt 16 Milliarden Euro bis 2014. Das bedeutet Arbeitsmarktpolitik nach Kassenlage.

- Streichung des befristeten Zuschlags auf das Arbeitslosengeld II mit Einschnitten von 200 Millionen Euro jährlich.
- Streichung des Rentenversicherungsbeitrages für Langzeitarbeitslose mit Einschnitten von 1,8 Milliarden Euro.
- Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger – 2009 auf unsere Initiative eingeführt – mit Einschnitten von 100 Millionen Euro jährlich. Das Streichen trifft vor allem Rentner und Geringverdiener. Nun werden viele Betroffene wieder Gelder nach ALG II beantragen.
- Streichung des Mindestelterngeldes von 300 Euro für Arbeitslose mit Einschnitten von 400 Millionen Euro jährlich.
- Absenkung des Elterngeldes mit Einschnitten von 200 Millionen Euro jährlich.

Mit Schwarz-Gelb wird die Mehrheit der Menschen am Ende weniger haben. Gebühren und Abgaben werden erhöht, Leistungen gekürzt.

Wie gefährlich ist die Pro-Bewegung für Berlin?

Ursprung und Strukturen der Pro-Bewegung

Die Pro-Bewegung hat ihren Ursprung in der Bürgerbewegung Pro Köln e.V., die 1996 gegründet wurde und ca. 220 Mitglieder hat. 2007 kam die Partei Pro NRW hinzu, die sich aus der Bürgerbewegung speist – die Funktionärsebenen beider Gruppen sind fast identisch. Es ist ebenso bekannt, dass der Vorsitzende und seine Vorstandskollegen zu großen Teilen aus rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen kommen, wodurch sich die vielen belegten Kontakte der Gruppen zu rechtsextremistischen Organisationen im In- und Ausland erklären lassen. Am 14. Dezember 2007 stellte das

Verwaltungsgericht Düsseldorf verfassungsfeindliche Bestrebungen im Zusammenhang mit Pro NRW fest. Wie für rechtsextremistische Gruppen üblich, kann auch eine besondere Ausrichtung auf Schüler und Jugendliche festgestellt werden – beide Pro-Bewegungen haben so genannte Jugendabteilungen.

Die Schwerpunktthemen der Pro-Bewegung lassen sich wie folgt zusammenfassen: Sie missachten Menschenrechte, zeigen einen besonderen Grad von Ausländerfeindlichkeit und haben den Islam als Feindbild bestimmt. Durch die Herabsetzung und Diffamierung von Ausländern wegen ihrer Nationalität und die Darstellung von Muslimen als unerwünscht und

nicht integrierbare Menschen 2. Klasse zeugt die Pro-Bewegung von Zielen, Werten und Inhalten, die nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Sie schüren bewusst Ängste vor Überfremdung und verbreiten fremdenfeindliche Ressentiments, in dem sie pauschal und undifferenziert den angeblichen Missbrauch der Sozialsysteme anprangern. Mit Absicht wird nicht zwischen Islam als Religion und dem Islamismus unterschieden und setzen somit Kriminalität und Terrorismus mit dem Islam gleich. Auch vor sexuellen Minderheiten wird mit Schmähungen nicht halt gemacht.

Dabei benutzt die Pro-Bewegung keine legitime Kritik, sondern herabsetzende Diffamierungen des politisch Andersdenkenden. Ins Bild passt die Darstellung der demokratischen Parteien als korrupt, kriminell („notorische Lügner“) und verachtenswert. Sie dagegen stellen sich als Bürgerbewegung da, die aus der Mitte der Gesellschaft stammt. Meistens sind die Mitgliedszahlen bei Veranstaltungen übertrieben, um die Bewegung künstlich zu steigern. Ziel ist der Einfluss und die Meinungsführerschaft in der Gesellschaft.

Gründung des Ablegers Pro Berlin

Am 5. Juni 2010 gründete sich der Berliner Landesverband der Bewegung Pro Deutschland. Dabei engagieren sich mittlerweile ein Dutzend Mitglieder. Ebenso konnten Gespräche mit ehemaligen Republikanern in Berlin festgestellt werden. Im Rathaus Schöneberg fand am 17. Juli 2010 der Bundesparteitag von Pro-Deutschland statt – ein Indiz für ihre zukünftige Schwerpunktsetzung. Ein breites Bündnis von Parteien, Gewerkschaften und Vereinen protestierte erfolgreich gegen den Parteitag und zeigte Flagge, dass solche Bewegungen und Parteien hier nicht willkommen sind.

Werden die „alten“ Rechtsextremen abgelöst?

Durch das Aufkommen neuer rechter Parteien darf man nicht die bestehenden in der Beobachtung und Bekämpfung vernachlässigen. Die NPD mit ca. 300 Berliner und ca. 6.800 bundesweiten Mitgliedern und die DVU mit ca. 250 Berliner und ca. 4.500 bundesweiten Mitgliedern bleiben eine starke Macht auf rechtsextremer Seite. Beide haben breite Netzwerke in der Jugend- und Kommunalpolitik sowie ihre eigenen Verlagsstrukturen, wodurch sie flexibel agieren können. Auf der anderen Seite werden bei der NPD, insbesondere auch in Berlin, immer mehr Probleme festgestellt. Die Ankündigung einer „Volksfront von rechts“ konnte bisher nicht viel mit Leben gefüllt werden. Weder genügend Wahlkampfhelfer noch eine Strategie waren vorhanden – besonders festzumachen ist dies am neuen Parteiprogramm, welches wenige programmatische oder strategische Neuerungen enthält. Zusätzlich treten vermehrt Richtungsstreitigkeiten und Personalquerelen sowie große Finanzprobleme auf.

Doch eine Fusion zwischen NPD und DVU würden beiden zu neuer Kraft verhelfen. Dieses Projekt wurde bei einer Pressekonferenz angekündigt. Nun sollen die Mitglieder befragt werden. Würde die Fusion tatsächlich gelingen, was einige Schritte wie Sonderparteitage mit positivem Votum und einen Verschmelzungsvertrag nötig machen, käme es zu einer neuen rechtsextremen Partei mit über 10.000 Mitgliedern in Deutschland.

Pro-Berlin ist eine politische Gefahr für die Wahlen in Berlin in 2011, jedoch bleibt hier die NPD Hauptgegner der politischen Auseinandersetzung. Ebenso wie gegen die Strukturen der NPD wird auch gegen die Pro-Bewegung ein gesamtgesellschaftliches Bündnis benötigt.

Linksextreme Gewalt in Treptow-Köpenick

Wie im aktuellen Verfassungsschutzbericht dargelegt, lässt sich das linksextremistische Gewaltpotential in Berlin auf ca. 2.200 Personen beziffern, etwa 1.100 gelten als aktionsorientiert und gewaltbereit. In 2009 – besonders auch durch die Ausschreitungen um den 1. Mai – wurden 1292 Fälle politisch motivierte

Straftaten gezählt, was einen massiven Anstieg bedeutete. Auch die Gewaltdelikte waren um ganze 355 Fälle gestiegen. Übergriffe fanden hauptsächlich auf Polizeibeamte, politische Gegner, staatliche Einrichtungen und in das Lebensumfeld von politischen Gegnern statt. Gleichzeitig lässt sich aber auch feststellen,

dass sich die linksextremistische Szene in Berlin immer noch personell, thematisch, strategisch „zersplittert“ und in einer Phase der Neuorientierung befindet.

Thematisch liegt der Linken Gewalt ein Umstrukturierungswillen der Gesellschaft zu Grunde. Die Schaffung autonomer Freiräume und der Kampf gegen das kapitalistische System sind Hauptziele, die Angriffe auf Baustellen und –materialien, Büros, Ausstellungsräume, Parkhäuser, Gebäude vom Quartiersmanagement in Neukölln sowie Brandstiftungen zur Folge haben.

Im Jahr 2009 verzeichnete man insgesamt 417 Gewaltstraftaten in Berlin im Bereich der „politisch motivierten Kriminalität (PMK) – Links“. Dabei entfielen auf Treptow-Köpenick 30 solcher Taten. Bezüglich des ersten Halbjahres 2010 lässt sich dabei auch ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Von den 145 vermutlich politisch motivierten Inbrandsetzungen von Autos in 2009 waren elf Fälle in Treptow-Köpenick. Von den 20 im ersten Halbjahr 2010 festgestellten Taten gab es keine im südöstlichen Bezirk. Treptow-Köpenick war noch nie ein Mittelpunkt linksextremer Gewalt und

auch in 2010 geht wie in Gesamtberlin die Tendenz nach unten. Dennoch ist Vorsicht geboten und auch hier muss dem Ratschlag für Demokratie aus der *Berliner Verpflichtung* Folge geleistet werden:

„Wer andere Menschen wegen Aussehen, Hautfarbe, Sprache, Herkunft, Religion, Kleidung oder Lebensweise herabsetzt oder ausgrenzt, trifft auf unseren Widerstand“

Letztendlich müssen wir uns auch Gedanken um Lösungsansätze machen. Dies ist zu vorerst eine Frage der Bündnispolitik – „Mit wem arbeite ich in der Gesellschaft zusammen?“ Das Gewaltmonopol des Staates muss in jedem Fall beachtet werden. Anzusetzen ist auch in den Schulen. Dort muss eine Diskussionskultur geschaffen werden, die es ermöglicht offen über Zukunftsängste, Demokratie und den Rechtsstaat sowie Beteiligungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler, Azubis und der Studierenden zu sprechen. Doch nicht nur dort, im gesamten Bezirk und in den Kiezen braucht es politische Debatten mit den politischen Personen vor Ort. Nur durch Dialog kann der Ausbreitung und Neuentwicklung von linksextremer Gewalt vorgebeugt werden.

Parkproblem in der Altstadt: Bezirksamt sucht nach Lösungen

Vielen ist das lange währende Problem des Parkens in der Altstadt bekannt. Anwohnerinnen und Anwohner beschwerten sich über widerrechtliches Parken der Besucherinnen und Besucher, die es schwer haben einen Parkplatz zu finden. Besonders für die Gewerbetreibenden wird einiges erschwert. Es bleibt zunächst festzustellen, dass die Altstadt kein Ort für großen Autoverkehr sein soll. Dafür wurde kostenintensiv über die Spindlersfelder Brücke die Altstadtumfahrung eingerichtet und die Möglichkeit des Durchfahrens erschwert. Dies sind Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung für die Anwohnerinnen und Anwohner und zur Erhöhung der Qualität als touristischen Standort. Gut erreichbar bleibt sie durch den ÖPNV.

Dennoch ist der Wunsch nach einer ausgewogenen und durchdachten Parkraumkonzeption der Bürgerinnen und Bürger zu beachten und so beschloss die Bezirksverordnetenversammlung von Treptow-Köpenick auf Initiative der SPD und FDP in ihrer Aprilsitzung, das Be-

zirksamt mit der Erstellung eines solchen Konzepts zu beauftragen. Ziel soll es sein, die Bedürfnisse aller Beteiligten zu erfassen und darauf aufbauend ein für alle zufriedenstellendes Konzept zu erarbeiten. Nun hat das Bezirksamt einen ersten Zwischenbericht vorgelegt.

Dem Antrag folgend wurde eine Untersuchung beauftragt mit dem Ziel die Ist-Situation des vorhandenen Parkraums und der Nachfrage zu analysieren. Weitergehend werden ein Wirtschaftlichkeits- und ein Finanzierungskonzept zu den möglichen Veränderungen vorgelegt, welche auch eine Teilparkraumbewirtschaftung beinhalten können. Zur Analyse und Begutachtung der Pläne wurde im Stadtplanungsamt eine Arbeitsgruppe gebildet, die das konkrete Konzept auf Basis der Untersuchung ausarbeiten wird.

Sicherlich ist dies ein langwieriger Prozess, an dessen Ende jedoch gewinnbringende Ergebnisse stehen können.

Die rechten Umtriebe in der CDU

René Stadtkewitz, Mitglied im Abgeordnetenhaus durch die CDU, war schon seit längerem für seine rechtspopulistischen Äußerungen bekannt. Nicht nur seine Mitgliedschaft in der islamfeindlichen Pax Europa, auch sein langer Kampf gegen einen Moscheebau in Pankow zeugten von schwer zu verstehenden Ängsten gegen andere Kulturen und Bevölkerungsgruppen, insbesondere Muslime. Als er nun den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders nach Berlin einlud, schien auch die

CDU-Führung endlich eingesehen zu haben, von welchem Kaliber ihr Fraktionsmitglied ist und schlossen ihn aus.

Dass Stadtkewitz jedoch nicht der einzige in der CDU mit solchen Ansichten ist, machte ich in der TAZ vom 22. Juli 2010 deutlich:

<http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/stadtkewitz-bleibt-auf-rechtskurs/>

Die Kriminalität sinkt – Maßnahmen von Rot-Rot greifen

Die Anzahl der Straftaten ist im Vergleich zu 2009 im ersten Halbjahr dieses Jahres deutlich gesunken. Insgesamt wurden 231.052 Straftaten, angefangen bei Taschendieben, gezählt. Das sind knapp 9.000 weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Besonders deutlich ist die Statistik bei den Straftaten, die von Jugendlichen begangen wurden. Hier kam es zu einem Rückgang von ca. 14,9 Prozent.

Dass die Maßnahmen von Rot-Rot greifen, wie Intensivtäterüberwachungen oder die Video-

überwachung im ÖPNV-Bereich, ist zum Einen ein Grund zur Freude. Dennoch darf es keinen Grund zur Entwarnung geben – darauf mache ich in der Berliner Morgenpost vom 22. Juli 2010 aufmerksam:

<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1355509/Berliner-Polizei-zaehlt-taeglich-1276-Straftaten.html>

(Die Artikel der Morgenpost sind mitunter nur gegen Bezahlung oder für Abonnenten der Zeitung einzusehen)

Termine und Kontakt

Bürgersprechstunden halte ich abwechselnd im **Dorfklub Müggelheim** (Alt-Müggelheim 21) und im **Ratskeller Köpenick** (Alt-Köpenick 21) ab:

15.09.2010, 18 Uhr bis 19 Uhr: Ratskeller Köpenick
20.10.2010, 18 Uhr bis 19 Uhr: Dorfklub Müggelheim

Weitere Termine (eine Auswahl):

03.09.2010	–	Brandenburg: Referent beim Völklinger Kreis
04.09.2010	–	Kurt-Schumacher-Haus: Landesvorstand der AG Schwusos
05.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: Innenausschuss
06.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: SPD-Fraktionssitzung
08.09.2010	–	Radialsystem: Sommerfest der SPD Berlin
09.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: Sitzung des Arbeitskreises I: Inneres
09.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: SPD-Fraktionssitzung
09.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: Plenarsitzung
14.09.2010	–	Grünauer Str. 9: Kreisvorstand der SPD Treptow-Köpenick
15.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: Wissenschaftsausschuss
20.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: Innenausschuss
20.09.2010	–	Müggelheim: SPD-Abteilungssitzung
21.09.2010	–	Abgeordnetenhaus: SPD-Fraktionssitzung
24.09.2010	–	Forum Köpenick: Infostand



Gerne kontaktieren Sie mich auch per E-Mail an
per Telefon unter
per Post an:

tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,
030 / 232 522 81 oder 0177 / 711 36 24,
Tom Schreiber, Mda
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:
<http://www.tom-schreiber.eu/>

Ich freue mich über Anregungen und Kritik zu diesem Newsletter oder zu meiner Arbeit. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht an die oben genannte E-Mail-Adresse.